

Schriften zum Europäischen Recht

Band 224

Die Reform des unionalen Asyl- und Flüchtlingsrechts

**Die Vorschläge der Europäischen Union
von 2016 zur Weiterentwicklung des Gemeinsamen
Europäischen Asylsystems**

Von

Fabio Quitadamo



Duncker & Humblot · Berlin

FABIO QUITADAMO

Die Reform des unionalen Asyl- und Flüchtlingsrechts

Schriften zum Europäischen Recht

Herausgegeben von

Siegfried Magiera · Detlef Merten
Matthias Niedobitek · Karl-Peter Sommermann

Band 224

Die Reform des unionalen Asyl- und Flüchtlingsrechts

Die Vorschläge der Europäischen Union
von 2016 zur Weiterentwicklung des Gemeinsamen
Europäischen Asylsystems

Von

Fabio Quitadamo



Duncker & Humblot · Berlin

Die Juristische Fakultät der EBS Universität für Wirtschaft und Recht (EBS Law School) hat diese Arbeit im Jahr 2025 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2026 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: L101 Mediengestaltung, Fürstenwalde
Druck: Prime Rate Zrt., Budapest, Ungarn

ISSN 0937-6305
ISBN 978-3-428-19771-2 (Print)
ISBN 978-3-428-59771-0 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Verlagsanschrift: Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9,
12165 Berlin, Germany | E-Mail: info@duncker-humblot.de
Internet: <https://www.duncker-humblot.de>

Inhaltsübersicht

Einleitung	31
-------------------	-----------

1. Kapitel

Hinführung zum Status quo des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems 34

A. Der Weg zu einem modernen Asylverständnis	34
I. Begriffsherkunft, Wurzeln und Varianten des Rechtsinstituts	35
II. Genese des Asylrechts	38
III. Heutiges Verständnis des Begriffs Asyl und Inhalt des Asylrechts	64
IV. Einordnung des externen Asylrechts in das moderne Migrationsrecht	70
V. Fazit	75
B. Die Entstehungsphasen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems	76
I. Die Einheitliche Europäische Akte und deren Folgen für ein koordiniertes Vorgehen der Mitgliedstaaten im Bereich des Asylrechts	77
II. Der Einfluss des Vertrags von Maastricht auf die Entstehung eines europäischen Asylraums	86
III. Die Vergemeinschaftung des Asylrechts durch den Vertrag von Amsterdam	93
IV. Der Vertrag von Lissabon – Eröffnung der Möglichkeit zur Vollendung des GEAS	107
C. Das Gemeinsame Europäische Asylsystem	153

2. Kapitel

Völkerrechtliche Vorgaben für die Weiterentwicklung des GEAS 156

A. Die Genfer Flüchtlingskonvention	156
I. Zum Inhalt der Genfer Flüchtlingskonvention	157
II. Einhaltung der Verpflichtungen aus der GFK in den Vertragsstaaten	167
III. Einhaltung der Verpflichtungen aus der GFK in den Mitgliedstaaten	169
IV. Fazit zur GFK und deren Bedeutung für das GEAS	172
B. Universelle Menschenrechtsverträge	172
I. Einzelne universelle Menschenrechtsverträge	174
II. Einhaltung der Verpflichtungen in den Mitgliedstaaten – Besonderheiten der Individualbeschwerdeverfahren	176
III. Fazit zur Bedeutung universeller Menschenrechtsverträge für das GEAS	178

C.	Die Europäische Menschenrechtskonvention	179
I.	Zum Inhalt der EMRK und Rechtsprechung des EGMR	179
II.	Die Einhaltung der EMRK in den Vertragsstaaten	191
III.	Die Bindung der EU an die EMRK	197
IV.	Fazit zur EMRK und deren Bedeutung für das GEAS	201
D.	Fazit zu den völkerrechtlichen Grundlagen für die Ausgestaltung des GEAS	202

3. Kapitel

Die dritte Harmonisierungsphase des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems 203

A.	Die Flüchtlingskrise und das Versagen des GEAS	203
I.	Das Entstehen der sog. Flüchtlingskrise	204
II.	Die Reaktionen der EU auf die sog. Flüchtlingskrise	206
III.	Die wesentlichen Ursachen für die Entstehung der Krise	209
IV.	Fazit zur sog. Flüchtlingskrise	214
B.	Die Gesetzesvorschläge zur Reform des GEAS von 2016	215
I.	Die Dublin-Verordnung	216
II.	Die Qualifikationsverordnung	257
III.	Die neugefasste Aufnahmeberichtlinie	287
IV.	Die Asylverfahrensverordnung	315
V.	Die Neuansiedlungsverordnung	361
VI.	Die Asylagenturverordnung	380

4. Kapitel

***Quo vadis* GEAS?** 402

A.	Abschließende Bewertung der Reformvorschläge für das GEAS	402
I.	Das GEAS nach den Vorschlägen der Kommission	403
II.	Das GEAS nach den Vorschlägen des Parlaments	407
B.	Einordnung der Reformvorschläge in die Entwicklungsgeschichte des GEAS	410
I.	Alternativlosigkeit weiterer Harmonisierungen	411
II.	Schwierigkeiten bei der Kompromissfindung	412
III.	Ein restriktives GEAS – Verlagerung der Verantwortung für Schutzsuchende auf Drittstaaten	414
IV.	Verpasste Chancen bei der Reform des GEAS	417
C.	Die weiteren Entwicklungen im Gesetzgebungsverfahren	420
I.	Die Mitteilung der Kommission über ein neues Migrations- und Asylpaket	420
II.	Wesentliche Sekundärrechtsakte des <i>neuen</i> GEAS	424
D.	Schlussfazit zum <i>neuen</i> GEAS	442

Inhaltsübersicht	11
Schlussbetrachtungen	444
Literaturverzeichnis	446
Stichwortverzeichnis	465

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	31
<i>1. Kapitel</i>	
Hinführung zum Status quo des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems	34
A. Der Weg zu einem modernen Asylverständnis	34
I. Begriffsherkunft, Wurzeln und Varianten des Rechtsinstituts	35
1. Ursprung des Begriffs Asyl	35
2. Herkunft und Wurzeln des Rechtsinstituts	35
3. Varianten der Schutzgewährung	36
II. Genese des Asylrechts	38
1. Die antike Asylie	39
a) Das interne Asylrecht in der Antike	39
b) Das externe Asylrecht in der Antike	40
2. Das Asylrecht im Mittelalter	43
a) Internes Asyl im Mittelalter – die Kirchenasylie	43
b) Das externe Asylrecht im Mittelalter – die untergeordnete Bedeutung territorialen Asyls	45
3. Das Asylrecht in der Neuzeit	46
a) Entwicklung des Asylrechts bis einschließlich des 19. Jahrhunderts	46
aa) Ablösung des Kirchenasyls durch neue Formen internen Asyls	46
bb) Bedeutungszuwachs des externen Asyls und Konzentration auf den Schutz politisch Verfolgter	47
b) Das 20. Jahrhundert – Jahrhundert der Flüchtlinge	51
aa) Der Erste Weltkrieg und die Entstehung des internationalen Flüchtlingsrechts	51
bb) Die Genese des rechtlichen Schutzes von Flüchtlingen seit dem Zweiten Weltkrieg	53
(1) Die Vereinten Nationen und die Schaffung neuer internationaler Flüchtlingsorganisationen	53
(a) Die Internationale Organisation für Flüchtlinge	53
(b) UNHCR – Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen	54

(2) Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte	57
(3) Die Genfer Flüchtlingskonvention	58
(4) Weitere internationale (Asylrechts-)Abkommen und (Asylrechts-)Verträge	59
(5) Regionale Ansätze zum Flüchtlingsschutz	60
(a) Die Aktivitäten der Afrikanischen Union	60
(b) Die Aktivitäten des Europarates	61
(c) Weitere regionale Besonderheiten im Flüchtlings- recht	62
(6) Das Asyl- und Flüchtlingsrecht in der Europäischen Union	63
III. Heutiges Verständnis des Begriffs Asyl und Inhalt des Asylrechts	64
1. Zum Status quo des internen Asylrechts	65
2. Der Status quo des externen Asylrechts	67
IV. Einordnung des externen Asylrechts in das moderne Migrationsrecht	70
1. Der Begriff des Flüchtlings und das Verhältnis des Flüchtlingsrechts zum Asylrecht	70
a) Der Flüchtlingsbegriff	70
b) Internationales Flüchtlingsrecht	72
2. Migrationsrecht	72
V. Fazit	75
B. Die Entstehungsphasen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems	76
I. Die Einheitliche Europäische Akte und deren Folgen für ein koordinier- tes Vorgehen der Mitgliedstaaten im Bereich des Asylrechts	77
1. Erste Kooperationsbemühungen im Asylrecht zum Ausgleich von unerwünschten Nebenfolgen der Verwirklichung des Binnenmarkts	77
2. Multilaterale Kooperationsbemühungen	79
a) Verteilung der Verantwortung für Asylanträge zwischen den Staaten	79
aa) Das Schengener Durchführungsübereinkommen	79
bb) Das Dubliner Übereinkommen	81
b) Die Londoner Beschlüsse	82
3. Fazit	85
II. Der Einfluss des Vertrags von Maastricht auf die Entstehung eines europäischen Asylraums	86
1. Die Asylpolitik als Angelegenheit gemeinsamen Interesses – souverä- nitätsschonende Harmonisierungsbestrebungen	86
2. Das Kooperationsregime zur intergouvernementalen Zusammenarbeit im EUV nach Maastricht	87
a) Zwecke und Funktionen des Asylrechts	88
b) Die Beteiligung der EG-Institutionen	88
c) Rechtssetzungsmöglichkeiten nach dem VI. Titel des EUV nach Maastricht	89

3. Ergebnisse der intergouvernementalen Zusammenarbeit – vom Rat verabschiedete Maßnahmen	90
a) Entschließung über Mindestgarantien für Asylverfahren	91
b) Gemeinsamer Standpunkt zur harmonisierten Anwendung des Begriffs „Flüchtling“	91
4. Fazit	92
III. Die Vergemeinschaftung des Asylrechts durch den Vertrag von Amsterdam	93
1. Das Asylrecht im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	94
a) Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	94
b) Die Neueinordnung des Asylrechts und deren Auswirkung auf die Entwicklungen des europäischen Asylrechts	95
2. Die Vergemeinschaftung des Asylrechts	96
a) Die Kompetenzgrundlage	96
b) Einschränkungen der Vergemeinschaftung des Asylrechts	96
aa) Die Beschränkung auf den Erlass von Mindestnormen	97
bb) Die Sonderstellung einzelner Mitgliedstaaten	97
cc) Das Asyl-Protokoll und die Fokussierung des europäischen Asylrechts auf Drittstaatsangehörige und Staatenlose	98
dd) Institutionelle Einschränkungen	99
3. Vom Vertrag von Amsterdam zu den Schlussfolgerungen von Tampere	101
4. Der Asyl-Acquis nach der ersten Harmonisierungsphase	102
a) Maßnahmen auf Grundlage von Art. 63 Abs. 1 Nr. 1 und 2 EGV	103
b) Sonstige Maßnahmen der EG mit Einfluss auf das Asylrecht	105
5. Zukunftsperspektiven des GEAS nach Schaffung des ersten europäischen Asyl-Acquis'	106
6. Fazit zur Vergemeinschaftung des Asylrechts unter dem Vertrag von Amsterdam	107
IV. Der Vertrag von Lissabon – Eröffnung der Möglichkeit zur Vollendung des GEAS	107
1. Die Asylpolitik als tragende Säule des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	108
a) Die Bedeutung des Solidaritätsgrundsatzes im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	108
b) Eckpunkte für die Gesetzgebung nach dem Vertrag von Lissabon	110
2. Art. 78 AEUV – Inhalt und Grenzen der Kompetenzgrundlage zur Ausgestaltung des GEAS	112
a) Die Errichtung eines völkerrechtskonformen GEAS als Ziel der Harmonisierung	112
b) Art. 78 Abs. 2 AEUV – Die Kompetenztitel für die Errichtung eines GEAS	113
aa) Zur funktionalen Bindung der Kompetenzen an die Ziele des Abs. 1	113

bb) Unterschiede zu Art. 63 EGV	114
cc) Art. 78 Abs. 2 AEUV – ein Überblick	115
dd) Ein vollharmonisiertes GEAS – Möglichkeiten und Grenzen der Harmonisierung des Asylrechts	116
(1) Die Sachkompetenz der EU im Bereich des Asylrechts ..	117
(2) Die Verwaltungsvollzugskompetenz der EU im Bereich des Asylrechts	119
(a) Art. 78 Abs. 2 AEUV	120
(b) Art. 114 AEUV	121
(c) Art. 291 Abs. 2 AEUV	122
(d) Art. 78 Abs. 3 AEUV	125
(e) Art. 352 Abs. 1 AEUV	126
(f) Fazit	128
(3) Möglichkeiten der Verwaltungskoordination und -koope- ration	128
(4) Grenzen der Unionskompetenz im Bereich des Asyl- rechts	130
c) Art. 78 Abs. 3 AEUV – Die Notlagenkompetenz	132
aa) Die Voraussetzungen für die Aktivierung der Notlagenkom- petenz	132
bb) Geeignete Maßnahmen des Rates bei Vorliegen einer Notlage	133
d) Zwischenfazit zu Art. 78 AEUV	135
3. Die Grundrechtecharta und deren Bedeutung für das GEAS	135
a) Das Asylrecht gemäß Art. 18 GRCh	136
aa) Die Rechtsnatur von Art. 18 GRCh	136
bb) Gewährleistungsinhalt des Rechts auf Asyl gemäß Art. 18 GRCh	138
(1) Konturierung des Rechts auf Asyl aufgrund dessen Kopplung an die GFK	138
(2) Konturierung des Rechts auf Asyl aufgrund dessen Kopplung an das Primärrecht der Union	139
(3) Autarker Gewährleistungsinhalt von Art. 18 GRCh	140
(a) Umfassendes subjektives Recht auf Asyl aus Art. 18 GRCh	140
(b) Zur Reichweite des subjektiven Charta-Grundrechts auf Asyl	142
(c) Mehrwert eines geschriebenen primärrechtlich verankerten Grundrechts auf Asyl für den Flücht- lingsschutz	143
cc) Zwischenfazit	144
b) Die Grundrechte aus Art. 19 GRCh: Schutz bei Abschiebung, Ausweisung und Auslieferung	144
aa) Das Verbot von Kollektivausweisungen gem. Art. 19 Abs. 1 GRCh	144

bb) Das Refoulement-Verbot aus Art. 19 Abs. 2 GRCh	146
c) Sonstige für die Ausgestaltung des GEAS maßgeblichen Rechte aus der Grundrechtecharta: Art. 6, 7 und 47 GRCh	148
d) Zwischenfazit zur Grundrechtecharta	149
4. Die Asylpolitik in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates ..	149
5. Überblick der einzelnen Rechtsakte der zweiten echten Harmonisie- rungsphase des Asylrechts	150
6. Fazit	152
C. Das Gemeinsame Europäische Asylsystem	153

2. Kapitel

Völkerrechtliche Vorgaben für die Weiterentwicklung des GEAS	156
A. Die Genfer Flüchtlingskonvention	156
I. Zum Inhalt der Genfer Flüchtlingskonvention	157
1. Die Flüchtlingsdefinition der Genfer Flüchtlingskonvention	157
a) Entstehung der Flüchtlingsdefinition aus Art. 1 A Nr. 2 GFK	157
b) Die Flüchtlingsdefinition nach der GFK in der Fassung des New Yorker Protokolls	159
2. Die materiellen Gewährleistungen für Konventionsflüchtlinge	160
a) Überblick über Aufbau und Struktur	160
b) Der Eckstein der Genfer Flüchtlingskonvention – Das Refoule- ment-Verbot aus Art. 33 Abs. 1 GFK	162
aa) Adressaten und Reichweite des Non-Refoulement-Gebots aus Art. 33 Abs. 1 GFK	162
bb) Gewährleistungsinhalt des Art. 33 Abs. 1 GFK	165
cc) Verhältnis zu menschenrechtlichen Refoulement-Verboten ..	166
II. Einhaltung der Verpflichtungen aus der GFK in den Vertragsstaaten ...	167
III. Einhaltung der Verpflichtungen aus der GFK in den Mitgliedstaaten ...	169
1. Bindung der Union an die GFK	169
a) Völkerrechtliche Bindung der EU an die GFK	169
b) Unionsrechtliche Selbstbindung der Union an die GFK	170
2. Folgen der Selbstbindung der Union an die GFK für die Mitgliedstaa- ten	171
IV. Fazit zur GFK und deren Bedeutung für das GEAS	172
B. Universelle Menschenrechtsverträge	172
I. Einzelne universelle Menschenrechtsverträge	174
1. Der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte	174
2. Die Anti-Folterkonvention	175
II. Einhaltung der Verpflichtungen in den Mitgliedstaaten – Besonderheiten der Individualbeschwerdeverfahren	176
III. Fazit zur Bedeutung universeller Menschenrechtsverträge für das GEAS	178

C.	Die Europäische Menschenrechtskonvention	179
I.	Zum Inhalt der EMRK und Rechtsprechung des EGMR	179
1.	Die Refoulement-Verbote aus der EMRK	180
a)	Das Refoulement-Verbot aus Art. 3 EMRK – Eckstein der Judikatur des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte	180
aa)	Art. 3 EMRK als Fundament des europäischen Flüchtlings-schutzes	180
bb)	Art. 3 EMRK als Korrektiv mangelhafter innerunionaler Flüchtlingsverantwortungsteilung	181
b)	Refoulement-Verbote aus Art. 8 EMRK zum Schutze des Familienlebens und der Privatsphäre	183
c)	Das ausdrückliche Refoulement-Verbot aus dem 4. Zusatzprotokoll zur EMRK – Verbot von Kollektivausweisungen	185
d)	Weitere Refoulement-Verbote aus der Europäischen Menschenrechtskonvention	185
e)	Territoriale Grenzen der Refoulement-Verbote	186
2.	Aufenthaltsrechte aus der EMRK	188
3.	Anforderungen an konventionskonforme Aufenthaltsbedingungen	189
II.	Die Einhaltung der EMRK in den Vertragsstaaten	191
1.	Das justizförmige Rechtsschutzsystem der EMRK und die Wirkungen der Maßnahmen des EGMR	191
2.	Einhaltung der Verpflichtungen aus der EMRK in den Mitgliedstaaten – Entscheidungskompetenz des EGMR	193
a)	Die Überprüfung unionsrechtlich indizierter Maßnahmen am Maßstab der EMRK durch den EGMR	193
b)	Einschränkungen der Überprüfungskompetenz – Das Kooperationsverhältnis zwischen EGMR und EuGH	194
c)	Keine Möglichkeit des EGMR zur unmittelbaren Überprüfung von Rechtsakten der Union am Maßstab der EMRK	196
III.	Die Bindung der EU an die EMRK	197
1.	Bindung an die EMRK aus Art. 6 Abs. 3 EUV	197
2.	Bindung an die EMRK aus Art. 52 Abs. 3 GRCh	198
3.	Bindung der Union an die EMRK im Bereich des Asyl- und Flüchtlingsrechts	200
IV.	Fazit zur EMRK und deren Bedeutung für das GEAS	201
D.	Fazit zu den völkerrechtlichen Grundlagen für die Ausgestaltung des GEAS	202

3. Kapitel

Die dritte Harmonisierungsphase des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems 203

A.	Die Flüchtlingskrise und das Versagen des GEAS	203
I.	Das Entstehen der sog. Flüchtlingskrise	204

II. Die Reaktionen der EU auf die sog. Flüchtlingskrise	206
III. Die wesentlichen Ursachen für die Entstehung der Krise	209
1. Dysbalancen im Dublin-System	209
2. Vollzugsdefizite im GEAS – bewusste Missachtung geltenden Rechts durch die Mitgliedstaaten	210
3. Harmonisierungsdefizite und bestehende Anreize zur Sekundärmigration	212
4. Fehlender Wille der Mitgliedstaaten zur Zusammenarbeit	213
IV. Fazit zur sog. Flüchtlingskrise	214
B. Die Gesetzesvorschläge zur Reform des GEAS von 2016	215
I. Die Dublin-Verordnung	216
1. Die Dublin-III-Verordnung	217
a) Die Dublin-III-Verordnung als Eckstein des unionalen Asylrechts	218
b) Die zentralen Regelungskomplexe der Dublin-III-Verordnung	219
aa) Das Dublin-Verfahren	219
bb) Die Kriterien zur Bestimmung des zuständigen Mitgliedstaats	220
cc) Die Überstellungsverfahren	222
2. Der Vorschlag der EU-Kommission für eine Dublin-IV-Verordnung	222
a) Ziele des Vorschlags der Kommission für eine Dublin-IV-Verordnung	223
b) Systematik und Struktur des Vorschlags der Kommission für eine Dublin-IV-Verordnung im Überblick	223
c) Inhaltliche Schwerpunkte des Vorschlags der Kommission für eine Dublin-IV-Verordnung	224
aa) Klarere und schnellere Bestimmung des zuständigen Mitgliedstaats	225
(1) Bestimmung des zuständigen Mitgliedstaats	225
(2) Das neue Dublin-Verfahren	226
bb) Verstärkte Mitwirkungspflichten des Antragstellers – ein sanktionsbasierter Kooperationsansatz	227
cc) Verhinderung der Sekundärmigration	229
(1) Die modifizierten Allokationskriterien	229
(2) Neue Überstellungsverfahren	229
dd) Die Einführung eines automatisierten Umverteilungsmechanismus	232
ee) Die externe Dimension des Kommissionsvorschlags – das neue Vorverfahren sowie die Konzepte sicherer Staaten	235
d) Das Asylsystem nach dem Kommissionsvorschlag für eine Dublin-IV-Verordnung	237
e) Zwischenfazit zum Kommissionsvorschlag	238
3. Gegenvorschlag des Europäischen Parlaments für eine Dublin-IV-Verordnung – der Wikström-Entwurf	238
a) Ziele des Wikström-Entwurfs	239

b)	Die zentralen Änderungsvorschläge des Wikström-Entwurfs	239
aa)	Alternative Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des zuständigen Mitgliedstaats	240
(1)	Modifizierte Zuständigkeitskriterien	240
(2)	Der Zuweisungsmechanismus des Wikström-Entwurfs . .	242
(3)	Das modifizierte Dublin-Verfahren	243
bb)	Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Mitglied- staaten	246
cc)	Anreize zur Zusammenarbeit der Antragsteller mit den Mit- gliedstaaten	247
dd)	Verhinderung der Sekundärmigration	248
c)	Das Asylsystem nach dem Wikström-Entwurf	249
d)	Zwischenfazit zum Wikström-Entwurf	250
4.	Abschließende Bewertung der Reformvorschläge	251
a)	Für eine faire und solidarische Verantwortungs- und Lastenteilung	251
aa)	Das Umverteilungssystem nach dem Kommissionsvorschlag	252
bb)	Das Umverteilungssystem nach dem Wikström-Entwurf	253
b)	Verhinderung von Sekundärmigration	255
aa)	Verhinderung von Sekundärmigration nach dem Kommis- sionsvorschlag	255
bb)	Verhinderung von Sekundärmigration nach dem Wikström- Entwurf	256
c)	Abschließendes Fazit zur vorgeschlagenen Dublin-IV-Verordnung	257
II.	Die Qualifikationsverordnung	257
1.	Die Qualifikationsrichtlinie	258
2.	Der Vorschlag der Kommission für eine Qualifikationsverordnung . .	259
a)	Ziele der Qualifikationsverordnung	260
b)	Systematik und Struktur des Vorschlags der Kommission für eine Qualifikationsverordnung	261
c)	Inhaltliche Schwerpunkte des Kommissionsvorschlags für eine Qualifikationsverordnung	262
aa)	Der neugefasste Art. 3 – günstigere mitgliedstaatliche Rege- lungen	262
bb)	Harmonisierung der Kriterien für die Zuerkennung eines internationalen Schutzstatus	263
(1)	Begründungspflicht des Antragstellers	263
(2)	Interner Schutz	264
cc)	Entscheidungskonvergenz mit Hilfe der Asylagentur	265
dd)	Systematische und regelmäßige Überprüfungen der interna- tionalen Schutzstatus	265
ee)	Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Dublin-Zuständig- keitsordnung	267
ff)	Harmonisierung der Rechte von Personen, denen ein interna- tionaler Schutzstatus zuerkannt wurde	269

(1) Aufenthaltstitel und Reisedokumente	269
(2) Wahrung der Familieneinheit	270
gg) Maßnahmen zur Verstärkung der Integrationsanreize	271
d) Abschließende Bewertung des Kommissionsvorschlags	271
aa) Vollharmonisierung durch die Qualifikations-VO-KOM	271
(1) Vollharmonisierte Regelungen der Voraussetzungen für die Zu- und Aberkennung eines internationalen Schutz- status	272
(2) Vollharmonisierte Regelung der Rechte und Pflichten von Empfängern eines internationalen Schutzstatus	273
bb) Auswirkungen auf nationale Asyl- oder andere humanitäre Schutzstatus	275
cc) Der Kommissionsvorschlag für eine Qualifikationsverord- nung als Ausdruck eines restriktiven unionalen Flüchtlings- schutzes?	276
3. Der Gegenvorschlag des Parlaments für eine Qualifikationsverord- nung	277
a) Ziele des Parlamentsvorschlags	278
b) Inhaltliche Schwerpunkte des Parlamentsvorschlags	278
aa) Harmonisierung der Voraussetzungen für die Zu- und Aber- kennung internationaler Schutzstatus	278
bb) Der Beitrag des Parlamentsvorschlags zu mehr Konvergenz bei Asylentscheidungen	280
cc) Harmonisierung der Rechte und Pflichten von Personen, denen ein internationaler Schutzstatus zuerkannt wurde	280
dd) Förderung der Integrationsmaßnahmen	281
ee) Besondere Regelungen für Minderjährige	282
c) Abschließende Bewertung des Parlamentsvorschlags	283
aa) Vollharmonisierung durch die Qualifikations-VO-EP.	283
(1) Vollharmonisierte Regelungen der Voraussetzungen für die Zu- und Aberkennung eines internationalen Schutz- status	283
(2) Vollharmonisierte Regelung der Rechte und Pflichten von Empfängern internationalen Schutzes	284
bb) Der Parlamentsvorschlag für eine Qualifikationsverordnung als Harmonisierungsbremse?	285
4. Abschließende Bewertung der geplanten Qualifikationsverordnung . .	286
III. Die neugefasste Aufnahme richtlinie	287
1. Die Aufnahme-RL (RL 2013/33/EU)	288
2. Der Kommissionsvorschlag für eine neugefasste Aufnahme richtlinie .	289
a) Ziele des Kommissionsvorschlags für eine neugefasste Aufnahme- richtlinie	289
b) Systematik und Struktur des Kommissionsvorschlags	290
c) Inhaltliche Schwerpunkte des Kommissionsvorschlags	291

aa)	Anwendungsbereich der neugefassten Richtlinie	291
bb)	Freizügigkeit und körperliche Bewegungsfreiheit	292
	(1) Einschränkungen der Freizügigkeit und persönlichen Fortbewegungsfreiheit im Hoheitsgebiet des zuständigen Mitgliedstaats	293
	(2) Einschränkungen der unionalen Freizügigkeit	295
cc)	Die Gewährung materieller Leistungen und Einschränkungs- möglichkeiten	296
	(1) Ansprüche auf Gewährung materieller Leistungen	297
	(2) Möglichkeiten und Pflichten zur Begrenzung materieller Leistungen	298
	(a) Ausreichende Mittel des Antragstellers	298
	(b) Begrenzung materieller Leistungen von Antrag- stellern, die sich in einem nicht für sie zuständigen Mitgliedstaat aufhalten	298
	(c) Begrenzung materieller Leistungen von Antragstel- lern, die sich in dem für sie zuständigen Mitglied- staat aufhalten	299
	(d) Einschränkungen der Modalitäten der Leistungsge- währung in begründeten Ausnahmefällen	301
	(3) Zwischenfazit zur Gewährung und Begrenzung materiel- ler Leistungen	302
dd)	Arbeitsmöglichkeiten der Antragsteller	302
ee)	Überwachungsmechanismus und Notfallplan	303
ff)	Die gestärkte Rolle der Asylagentur bei der Gewährung ange- messener Aufnahmebedingungen	304
gg)	Normen zum Schutz von Minderjährigen und Antragstellern mit besonderen Bedürfnissen bei der Aufnahme	304
d)	Abschließende Bewertung des Kommissionsvorschlags	306
3.	Die Aufnahmerichtlinie nach dem Parlamentsvorschlag	307
a)	Modifikation des Anwendungsbereichs der Aufnahmerichtlinie ..	307
b)	Einschränkungsmöglichkeiten der Freizügigkeit und der körper- lichen Bewegungsfreiheit	308
c)	Gewährung und Begrenzung materieller Leistungen	309
d)	Arbeitsmarktzugang und sonstige Maßnahmen zur Verbesserung der Integrationsmöglichkeiten der Antragsteller	311
e)	Regelungen für Minderjährige und Antragsteller mit spezifischen Bedürfnissen	312
f)	Sonstige durch den Parlamentsvorschlag eingeführte Änderungen	313
g)	Fazit zum Parlamentsvorschlag	313
4.	Abschließende Bewertung des Vorschlags für eine Neufassung der Aufnahmerichtlinie	314
IV.	Die Asylverfahrensverordnung	315
1.	Die Asylverfahrensrichtlinie	316

2. Der Kommissionsvorschlag für eine Asylverfahrensverordnung	318
a) Ziele des Kommissionsvorschlags	318
b) Systematik und Struktur der vorgeschlagenen Asylverfahrensverordnung	319
c) Inhaltliche Schwerpunkte des Kommissionsvorschlags	321
aa) Straffung der Verfahren zur Zu- oder Aberkennung internationaler Schutzstatus	321
(1) Präzisierte Regelungen zur Einleitung eines Verfahrens zur Zuerkennung eines internationalen Schutzstatus	321
(2) Anpassung der Fristen des Verwaltungs- sowie des Rechtsbehelfsverfahrens	323
(3) Verpflichtung zur Durchführung besonderer Prüfungsverfahren	325
(a) Verpflichtende Prüfung von Unzulässigkeitstatbeständen	325
(b) Verpflichtend anzuwendendes beschleunigtes Prüfungsverfahren	326
(c) Verfahren bei Folgeanträgen	326
(4) Änderungen des Verfahrens zur Aberkennung internationaler Schutzstatus	328
(5) Anpassungen der Rechtsbehelfsverfahren	328
bb) Rechte und Pflichten der Antragsteller	329
(1) Pflichten der Antragsteller	330
(2) Rechte der Antragsteller	331
(3) Verfahrensgarantien	332
(a) Recht zur persönlichen Anhörung	332
(b) Rechtsberatung und -vertretung	334
(4) Besonderheiten für Minderjährige und Antragsteller, die besondere Verfahrensgarantien benötigen	335
cc) Harmonisierung der Vorschriften über sichere Staaten	336
(1) Das Konzept des ersten Asylstaats	337
(2) Das Konzept des sicheren Drittstaats	339
(3) Das Konzept des sicheren Herkunftsstaats	341
d) Bewertung des Kommissionsvorschlags für eine Asylverfahrensverordnung	344
aa) Vereinheitlichung der Asylverfahren als Mittel zur Restriktion des Asylrechts?	344
bb) Die Folgen eines echten gemeinsamen Verfahrens für die mitgliedstaatlichen Asylsysteme	346
cc) Wahrung der unionalen Kompetenzordnung und die Stellung der Asylagentur	347
3. Der Vorschlag des Europäischen Parlaments für eine Asylverfahrensverordnung	348
a) Straffung des Verfahrens zur Zu- und Aberkennung eines internationalen Schutzstatus	349

aa)	Anpassung der Fristen	350
bb)	Ausgestaltung der besonderen Verfahren unter der Asylverfahrens-VO-EP	350
cc)	Das Rechtsbehelfsverfahren	352
b)	Rechte, Pflichten und Verfahrensgarantien	352
aa)	Recht zur persönlichen Anhörung	353
bb)	Unentgeltliche Rechtsberatung und -vertretung	355
cc)	Der besondere Schutz minderjähriger Antragsteller und von Antragstellern, die besondere Verfahrensgarantien benötigen	355
c)	Die Konzepte sicherer Staaten	356
aa)	Das Konzept des ersten Asylstaats	356
bb)	Das Konzept des sicheren Drittstaats	357
cc)	Das Konzept des sicheren Herkunftsstaats	358
d)	Bewertung des Vorschlags des Parlaments für eine Asylverfahrensverordnung	359
4.	Abschließende Bewertung der Vorschläge für eine Asylverfahrensverordnung	361
V.	Die Neuansiedlungsverordnung	361
1.	Der Vorschlag der Kommission für eine Neuansiedlungsverordnung	363
a)	Ziele des Kommissionsvorschlags	363
b)	Systematik und Struktur des Vorschlags der Kommission für eine Neuansiedlungsverordnung	364
c)	Inhaltliche Schwerpunkte des Kommissionsvorschlags	365
aa)	Personen, die für Neuansiedlungen in Betracht kommen	365
bb)	Neuansiedlungspläne und gezielte Neuansiedlungsregelungen der Union	367
(1)	Jährlicher Neuansiedlungsplan der Union	367
(2)	Gezielte Neuansiedlungsregelungen der Union	367
cc)	Verfahren zur Umsetzung der aus den gezielten Neuansiedlungsregelungen folgenden Neuansiedlungspflichten	369
(1)	Standardverfahren für Neuansiedlungen	369
(2)	Eilverfahren für Neuansiedlungen	370
d)	Fazit zum Vorschlag der Kommission für eine Neuansiedlungsverordnung	371
2.	Der Vorschlag des Parlaments für eine Neuansiedlungsverordnung	372
a)	Personen, die für Neuansiedlungen in Betracht kommen	373
b)	Neuansiedlungspläne und gezielte Neuansiedlungsregelungen der Union	374
aa)	Zweijährlicher Neuansiedlungsplan der Union	374
bb)	Gezielte Neuansiedlungsregelungen der Union	375
c)	Neuansiedlungsverfahren	376
aa)	Standardverfahren für Neuansiedlungen	377
bb)	Notfallverfahren für Neuansiedlungen	378

d) Fazit zum Vorschlag des Parlaments für eine Neuansiedlungsverordnung	378
3. Abschließende Bewertung der Vorschläge für eine Neuansiedlungsverordnung	379
VI. Die Asylagenturverordnung	380
1. Ursprüngliche Ziele und Aufgabenbereiche des EASO	381
2. Die Asylagenturverordnung	383
a) Eckpunkte der Entstehung der Asylagenturverordnung	383
b) Ziele der Asylagenturverordnung	384
c) Systematik und Struktur der Asylagenturverordnung	384
d) Erweiterung und Weiterentwicklung bestehender Kompetenzen ..	385
aa) Stärkung der praktischen Zusammenarbeit und des Informationsaustauschs	385
bb) Die Asylagentur als zentrale Schulungsbehörde im Asylbereich	386
cc) Informationen über Drittstaaten	386
dd) Entwicklung operativer Standards, Indikatoren, Leitlinien etc.	387
ee) Operative und technische Unterstützung durch die Asylagentur	388
(1) Operative und technische Unterstützung	389
(2) Initiative des Rats zur Unterstützung der Mitgliedstaaten durch die Asylagentur in Notlagen	391
(3) Teams zur Unterstützung der Migrationsverwaltung	393
e) Neue Kompetenzen der Asylagentur	393
aa) Mechanismus für die Überwachung der operativen und technischen Anwendung des GEAS	393
(1) Anwendungsbereich und Reichweite des Überwachungsmechanismus	394
(2) Überwachungsverfahren	395
(3) Fazit zum Überwachungsmechanismus	396
bb) Grundrechtsbeauftragter und Beschwerdeverfahren	396
f) Zeitlich gestaffeltes Inkrafttreten der Regelungen der Asylagenturverordnung	399
3. Abschließende Bewertung der Asylagenturverordnung	399

4. Kapitel

Quo vadis GEAS?

402

A. Abschließende Bewertung der Reformvorschläge für das GEAS	402
I. Das GEAS nach den Vorschlägen der Kommission	403
1. Verantwortungsteilung	403
2. Sanktionsbasierter Durchsetzungsmechanismus	404

3. Harmonisierung des Asylrechts	405
4. Fazit zum GEAS nach den Vorschlägen der Kommission	406
II. Das GEAS nach den Vorschlägen des Parlaments	407
1. Verantwortungsteilung	407
2. Ausbalanciertes Sanktions- und Anreizsystem zur Durchsetzung des unionalen Asyl- und Flüchtlingsrechts	408
3. Harmonisierung des Asylrechts	409
4. Fazit zum GEAS nach den Vorschlägen des Parlaments	410
B. Einordnung der Reformvorschläge in die Entwicklungsgeschichte des GEAS	410
I. Alternativlosigkeit weiterer Harmonisierungen	411
II. Schwierigkeiten bei der Kompromissfindung	412
III. Ein restriktives GEAS – Verlagerung der Verantwortung für Schutz- suchende auf Drittstaaten	414
IV. Verpasste Chancen bei der Reform des GEAS	417
C. Die weiteren Entwicklungen im Gesetzgebungsverfahren	420
I. Die Mitteilung der Kommission über ein neues Migrations- und Asyl- paket	420
II. Wesentliche Sekundärrechtsakte des <i>neuen</i> GEAS	424
1. Die Asyl- und Migrationsmanagement-Verordnung	426
a) Das Dublin-System	427
b) Der Solidaritätsmechanismus	429
2. Die Qualifikationsverordnung	430
3. Die neugefasste Aufnahme richtlinie	433
4. Die Asylverfahrensverordnung	435
a) Konzepte sicherer Staaten	435
b) Prüfungs- und Rechtsbehelfsfristen	437
c) Asylverfahren an der Grenze	439
D. Schlussfazit zum <i>neuen</i> GEAS	442
 Schlussbetrachtungen	 444
 Literaturverzeichnis	 446
Stichwortverzeichnis	465

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Ansicht
a. a. O.	am angeführten Ort
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
a. F.	alte Fassung
am Anf.	am Anfang
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AVR	Archiv des Völkerrechts
ber.	berichtigt
Beschl.	Beschluss
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BT	Bundestag
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
CANHRYB	Canadian Yearbook of Human Rights
CESifo	Center for Economic Studies
CMLR	Common Market Law Review
ders.	derselbe
dies.	dieselbe
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
Drs.	Drucksache
EG	Europäische Gemeinschaft
Einl.	Einleitung
EJHR	European Journal of Human Rights
EJML	European Journal of Migration and Law
engl.	englisch
Entsch.	Entscheidung
etc.	et cetera

EU	Europäische Union
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuR	Europarecht
f.	folgende
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
ff.	folgende
Fn.	Fußnote
gem.	gemäß
g.h.M.	ganz herrschende Meinung
GMBL	Gemeinsames Ministerialblatt
grds.	grundsätzlich
h.M.	herrschende Meinung
hrsgg. v.	herausgegeben von
HS	Halbsatz
i. d. R.	in der Regel
i.Erg.	im Ergebnis
IJRL	International Journal of Refugee Law
insbes.	insbesondere
i. S.	im Sinne
i. V.	in Verbindung
JCPP	Journal of Community Positive Practices
Jg.	Jahrgang
JöR n. F.	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart. Neue Folge
JRS	Journal of Refugee Studies
JZ	JuristenZeitung
Kap.	Kapitel
KJ	Kritische Justiz
lit.	litera
MJECL	Maastricht Journal of European and Comparative Law
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
n. Chr.	nach Christus
NJW	Neue Juristische Woche
Nr.	Nummer
Num.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
o. g.	oben genannt/oben genannten
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer

S.	Seite
sog.	sogenannte
SRIEL	Swiss Review of International and European Law
tw.	teilweise
u.	und
u. a.	und andere
u. a.	unter anderem
UAbs.	Unterabsatz
UK	Vereinigtes Königreich
UN	United Nations
UN-Dok.	UN-Dokument
Urt.	Urteil
u. U.	unter Umständen
v.	vom
v. a.	vor allem
v. Chr.	vor Christus
verb. Rs.	verbundene Rechtssache
VerwG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vol.	Volume
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
WVRK	Wiener Vertragsrechtskonvention
z. B.	zum Beispiel
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik
ZDWF-Schriftenreihe	Zentrale Dokumentationsstelle der Freien Wohlfahrtspflege für Flüchtlinge e. V.
ZEuS	Zeitschrift für europarechtliche Studien
ZfP	Zeitschrift für Politik
ZP	Zusatzprotokoll
ZPB	Zeitschrift für Politikberatung
ZSE	Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften

Einleitung

Nur wenige Themen standen in den vergangenen Jahren mehr im Fokus der Öffentlichkeit als die sog. Flüchtlingskrise und deren Folgen. Die ungewohnt hohe Anzahl von Personen, die in den Jahren 2015 und 2016 in der Union Schutz gesucht haben,¹ hat nicht nur zur Überlastung der nationalen Asylsysteme der Außengrenzstaaten geführt. Sie hat insbesondere die tiefen Gräben zwischen den EU-Mitgliedstaaten im Umgang mit den in Europa Schutzsuchenden offengelegt. Nationale Alleingänge dominierten die Politik, auch nachdem europäische Institutionen Maßnahmen zur Unterstützung der überforderten mitgliedstaatlichen Asylsysteme ergriffen hatten.² Die Reaktionen der Akteure auf die genannte Herausforderung stehen in starkem Kontrast zu dem hohen Maß an Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten, das diese im Bereich des Asyl- und Flüchtlingsrechts seit nahezu drei Jahrzehnten gezeigt haben. So überlagert schließlich seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS) die mitgliedstaatlichen Asylsysteme. Die Krise hat indes deutlich gemacht, dass es trotz weitgehend einheitlicher rechtlicher Verpflichtungen und vieler gemeinsamer Traditionen an hinreichend gefestigten gemeinsamen Überzeugungen zu mangeln scheint. Nicht nur wurden unionsrechtliche Verpflichtungen bewusst missachtet, sondern letztlich Grundpfeiler des internationalen Flüchtlingsrechts im Rahmen der sog. Flüchtlingskrise in Frage gestellt. Die medial viel beachtete sog. Flüchtlingskrise entwickelte sich vor diesem Hintergrund zu einer veritablen

¹ 1.323.465 Personen im Jahr 2015 und 1.260.350 Personen im Jahr 2016, vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Das Bundesamt in Zahlen 2016, Asyl, Migration und Integration, S. 28, abrufbar unter: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/BundesamtinZahlen/bundesamt-in-zahlen-2016.pdf?__blob=publicationFile&v=16#:~:text=Im%20Jahr%202016%20haben%20745.545,spannende%20und%20informati%2D%20ve%20Lekt%C3%BCre. Sämtliche in dieser Arbeit aufgeführten Links sind von dem Verfasser zuletzt am 23. November 2025 aufgerufen worden. Gemessen an der weltweiten Anzahl Schutzsuchender und im Verhältnis zu der Gesamtzahl der Unionsbürger hat die Literatur die Anzahl gleichwohl als vergleichsweise gering bewertet, vgl. *Rinne/Zimmermann*, Zutritt zur Festung Europa? Anforderungen an eine moderne Asyl- und Flüchtlingspolitik, Wirtschaftsdienst 2015, 114 (115); *Chetail*, Looking beyond the Rhetoric of the Refugee Crisis: The failed Reform of the CEAS, EJHR 2016, 584 (584f.).

² Vgl. etwa *Maitani*, The Reform of the Dublin III Regulation, Study for the LIBE Committee, 2016, S. 9; mehr dazu unten unter 3. Kap. A. I.

Krise des Unionsrechts, welche die Handlungsfähigkeit der Union als solche in Frage stellt.³

Als Reaktion auf die sog. Flüchtlingskrise und die in deren Zusammenhang beobachteten offenkundigen Schief lagen im GEAS publizierte die EU-Kommission im Frühjahr 2016 – neben anderen Maßnahmen – Reformvorschläge für eine gemeinsame Asylpolitik bzw. für die Neugestaltung der sekundärrechtlichen Grundlagen des GEAS, die am 4.5.2016 sowie am 13.7.2016 in das ordentliche Gesetzgebungsverfahren eingebracht wurden.⁴ Das EU-Parlament hat in der Folge eigene, die Kommissionsvorschläge modifizierende Gegenvorschläge vorgelegt.⁵ Diese Arbeit widmet sich im Kern den genannten Vorschlägen, um die wesentlichen Weiterentwicklungen des GEAS herausarbeiten zu können. Bleibt das *neue* GEAS dem tradierten Dublin-System verhaftet, oder öffnet es neuen Ansätzen im Asyl- und Flüchtlingsrecht die Tore? Zeichnet sich eine weitere Harmonisierung der sekundärrechtlichen Grundlagen ab? Und führt die zu bewältigende sog. Flüchtlingskrise – reflexartig – zur Fokussierung auf das Abwehrmoment im europäischen Asyl- und Flüchtlingsrecht? Diesen und weiteren Schlüsselfragen zur künftigen Ausgestaltung des GEAS geht diese Arbeit nach.

Bevor im Hauptteil der Blick auf die Gesetzesvorschläge zur Reform des GEAS gerichtet wird, soll unter Einführung in das historisch gewachsene Rechtsinstitut des Asylrechts und unter Klärung der wichtigsten Begriffe und völkerrechtlichen sowie unionalen Rechtsgrundlagen zum Status quo des GEAS hingeführt werden (1. Kapitel). Das europäische Asyl- und Flüchtlingsrecht erweist sich als komplexe Rechtsmaterie, die durch ein intrikates Zusammenspiel von unionsrechtlichen, völkerrechtlichen und nationalen Pflichten charakterisiert wird. Der Darstellung der Gesetzesvorschläge ist daher eine Untersuchung der völkerrechtlichen Grundlagen voranzustellen, die die Entwicklung des GEAS von Anfang an beeinflusst haben und nach wie vor bei der Ausgestaltung des GEAS zu berücksichtigen sind (2. Kapitel). Hieran knüpft sich schließlich die Darstellung der einzelnen Gesetzesvorschläge zur Weiterentwicklung des GEAS an, wobei jeweils die Schlüsselpunkte von Kommissions- und Parlamentsvorschlägen gegenübergestellt werden (3. Kapitel). Abschließend sollen die von Kommission und Parlament konzipierten Asylsysteme in die Gesamtentwicklung des europäischen Asyl-

³ Vgl. hierzu etwa die Einleitung bei *Chetail*, Looking beyond the Rhetoric of the Refugee Crisis: The failed Reform of the CEAS, EJHR 2016, 584 (584 f.).

⁴ Pressemitteilungen der Kommission v. 6.4.2016, abrufbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-1246_de.htm, v. 4.5.2016, http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-1620_de.htm, sowie v. 13.7.2016, abrufbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-2433_de.htm.

⁵ Siehe dazu die einzelnen Vorschläge im 3. Kapitel dieser Arbeit.

und Flüchtlingsrechts eingeordnet werden, wobei auch der zwischenzeitlich erfolgte Fortschritt im Gesetzgebungsverfahren und dabei insbesondere die von der Europäischen Union im Mai 2024 verabschiedeten Sekundärrechtsakte, die künftig das GEAS ausgestalten werden, in der gebotenen Kürze in den Blick zu nehmen sind (4. Kapitel).